



König wider Willen

Heute wird Schwedens Langzeit-Monarch Carl Gustav 80. **Journal**



Elchsichtung bei Deggendorf

Ist es „Emil“? Elch an mehreren Orten in Niederbayern gesichtet. **Bayern**

Bejubelt wie Gewinner

Großes Lob für FC Bayern trotz Niederlage im „Jahrhundertspiel“. **Sport**



AUS DER REGION

Maidult beginnt heute

Die Maidult startet am heutigen Donnerstag. Um 16 Uhr zapft ein letztes Mal OB Jürgen Dupper an, am Abend übergibt er das Amt an OB Andreas Rother. **Seite 19**

Bericht zur Jugendhilfe

Komplexe Fälle am Jugendamt nehmen zu – auch im Landkreis Passau. Verfahrenslotsen helfen bei der Lösungssuche, doch Betreuungspätze sind knapp. **Seite 27**

Rekordhaushalt in Breitenberg

Mit einem Gesamtvolumen von rund 8,781 Millionen Euro hat Breitenberg heuer einen Rekordhaushalt. Grund dafür ist in erster Linie der Breitbandausbau. **Seite 24**

IM BLICKPUNKT

Lehrstunde des Königs

In seiner Rede vor dem US-Kongress gelang dem britischen König Charles III. das Kunststück, die amerikanische Politik so stilvoll zurechtzuweisen, dass selbst Präsident Trump applaudieren musste. **Seite 3**

Arbeitskosten steigen weiter

Deutschland zählt zu den Ländern mit den höchsten Arbeitskosten in der EU. Im vergangenen Jahr verteuerte sich die Arbeitsstunde weiter. Wie steht Deutschland im Vergleich zu den Nachbarn da? **Wirtschaft**

SERVICE

Börse: Dax verliert weiter

Dax: 23 943,74 Punkte (- 0,27 %).
Top: adidas 150,05 Euro (+ 8,89 %). **Flop:** Siemens Health. 33,95 Euro (- 3,72 %).

Lotto: 1 - 15 - 25 - 37 - 43 - 47

Superzahl: 4
Spiel 77: 6 1 0 7 2 0 7
Super 6: 2 4 6 0 3 4 (Ohne Gewähr)

Das Wetter in der Region



Infos: www.pnp.de/wetter und auf **Seite 16**

Heimatsport **Seite 26**
Fernsehprogramm **Seite 17**

Internet www.pnp.de



Energiepreisschock treibt Inflation

Wiesbaden. Die Energiepreise sind wegen des Iran-Kriegs im April voraussichtlich um zehn Prozent gestiegen – die Verbraucherpreise insgesamt zogen deshalb im Vorjahresvergleich um 2,9 Prozent an. Nahrungsmittel wurden um 1,2 Prozent teurer, Dienstleistungen um 2,8 Prozent, wie das Statistische Bundesamt in einer ersten Schätzung mitteilte. Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland fürchten laut einer Umfrage weiter steigende Preise – und dass sie sich finanziell einschränken müssen.

„Der Energiepreisschock ist heftig“, erklärte die Inflationsexpertin des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Silke Tober. Laut Schätzung des Statis-

tikamts stiegen die Energiepreise im April im Vorjahresvergleich um 10,1 Prozent. Doch „der überraschend starke Rückgang der Dienstleistungsinflation hat den Anstieg der Inflationsrate im April etwas gedämpft“, erläuterte der Chefvolkswirt der Förderbank KfW, Dirk Schumacher. Dieser Rückgang sei aber zumindest teilweise ein Kalendereffekt und sollte „nicht als genuines Zeichen der Entspannung interpretiert werden“.

Vor Beginn des Iran-Kriegs Ende Februar hatte sich die Teuerung in Deutschland noch abgeschwächt – sie lag im Februar bei 1,9 Prozent. Im März sprang sie dann wegen der stark gestiegenen Energiepreise infolge des Kriegs auf 2,7 Prozent.

Die aktuellen Inflationszahlen seien „ein Warnsignal“, erklärte die

Chefin des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), Ramona Pop. „Die Preissteigerungen sind längst im Alltag angekommen.“

In einer Forsa-Umfrage sagten 42 Prozent der Befragten, sie spürten die gestiegenen Preise am meisten bei Lebensmitteln. An zweiter Stelle folgte der Bereich Mobilität mit 31 Prozent. 58 Prozent der Befragten haben demnach sehr große oder eher große Sorgen, dass die Preise so stark steigen, dass sie sich im Alltag finanziell einschränken müssen. Tatsächlich planen mehr Unternehmen in Deutschland, die Preise zu erhöhen. Der vom Ifo-Institut ermittelte Indikator für Preiserwartungen stieg von 25,5 Punkten im März auf 31,6 Punkte im April – den höchsten Wert seit Januar 2023. – **afp**

Kabinett beschließt Kassenreform

Gesundheitssparpaket auf den Weg gebracht – Merz spricht von „historischer“ Reform

Berlin. Auf gesetzlich Versicherte kommen höhere Zuzahlungen und Einschnitte bei Leistungen zu, damit die Krankenkasse nicht noch teurer wird. Das Bundeskabinett brachte Gesetzespläne von Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) auf den Weg, die dazu auch Milliarden-Ausgabenbremsen bei Praxen, Kliniken und Pharmabranche vorsehen. Der „Puffer“

gegen erneute Beitragsanhebungen soll nun aber kleiner ausfallen als zunächst geplant. In den Beratungen im Parlament könnte es noch Änderungen an dem Entwurf geben.

Kanzler Friedrich Merz (CDU) sagte: „Wir machen mit dieser Reform das Gesundheitssystem in Deutschland für alle bezahlbar.“ Darüber solle nun im Bundestag zügig beraten und ent-

schieden werden. Mit dem Einsparpuffer sei man „im grünen Bereich“, es gehe aber nicht noch weniger. Vorschläge für Änderungen müssten „an anderer Stelle ausgeglichen werden“. Ziel sei, die große Reform noch vor der parlamentarischen Sommerpause abzuschließen. Merz bezeichnete die Reform als „durchaus historisch“ und wertete den Beschluss als Beleg für

die Handlungsfähigkeit seiner Regierung.

Neben dem Gesundheitssparpaket beschloss das Bundeskabinett gestern auch die Eckwerte des Haushalts 2027 sowie des Finanzplans bis 2030. Veranschlagt sind im Kernetat neue Schulden von 110,8 Milliarden Euro, nach 98 Milliarden im Budgetplan 2026. – **dpa/afp/Standpunkt/Seiten 2 und 4**

STANDPUNKT

Mehr Not-OP als eine Reform

Von Martin Wanninger

Um Worte ist Friedrich Merz selten verlegen – auch wenn es bekanntlich nicht immer die ganz passenden sind. Gestern hat er Gesundheitsbeschlüsse seines Kabinetts als „historische“ Sozialreform gelobt. Mit Verlaub: Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit der meisten Maßnahmen – das ist dann doch hoch gegriffen. Tatsächlich stellt sich eher die Frage, wie sehr die Pläne das Etikett „Reform“ wirklich verdient haben.

Reformen sind Veränderungen, bei denen Strukturen neu aufgesetzt werden. Der planvolle Umbau der Kliniklandschaft wäre so eine Reform, eine Neuordnung des Marktes für Krankenkassen oder gar die Einbeziehung von Beamten. Das gestern verabschiedete Paket ist aber vor allem eine Art finanzielle Not-OP, bei der in den bestehenden Strukturen per Rasenmäher-Methode Leistungen gekürzt und einige Gruppen (Besserverdiener und Hausfrauen) stärker zur Kasse gebeten werden. Am revolutionärsten ist da noch die Zuckerabgabe, die bei der vorläufigen Stabilisierung der Kassenfinanzen immerhin einigermaßen Sinn macht.

Fatal allerdings wäre, wenn die Regierung auch bei Rente oder Pflege nun Finanzpakete mit nachhaltigen Strukturveränderungen verwechselt. Die hat die Regierung im Gesundheitsbereich allenfalls zaghaft bei der Finanzierung von Bürgergeldempfängern versucht. 250 Millionen der benötigten 12 Milliarden kommen jetzt aus dem Bundeshaushalt. Sieht so eine große Reform aus? Nein, aber vielleicht ihr Anfang.

Blockade: Brennerautobahn ist am 30. Mai dicht

Gries am Brenner/München. Ausgerechnet an einem Samstag in den Pfingstferien werden Demonstranten, die gegen den Transitverkehr kämpfen, die Brennerautobahn in Tirol dichtmachen. Die Blockade soll am 30. Mai von 11 bis 19 Uhr dauern und beide Richtungen betreffen. Auch die parallel verlaufende Brenner-Bundesstraße

ist gesperrt. Der ADAC Südbayern warnt vor einem Kollaps, da es sich mit dem Samstag nach Pfingsten um einen Tag mit viel Urlaubsverkehr handelt: „Wer kann, sollte diesen Tag als Reisetag meiden“, betont ein ADAC-Experte. Auch von möglichen Ausweichrouten sei abzuraten, da diese ebenso überlastet sein werden. – **ism/Bayern**

Ermittler bekommen mehr digitale Befugnisse

Berlin. Das Bundeskriminalamt (BKA) und die Bundespolizei sollen zusätzliche Befugnisse zur automatisierten Datenanalyse erhalten sowie künftig Fotos mit im Internet verfügbaren Aufnahmen vergleichen dürfen. Ein entsprechendes Reformpaket hat das Kabinett beschlossen. Die Möglichkeiten der Gegner des Rechtsstaats hät-

ten sich durch neue Methoden im digitalen Raum erweitert, die Polizei müsse hier Schritt halten, sagte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU).

Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) erklärte, KI-Werkzeuge und andere digitale Lösungen zur Aufklärung von Straftaten nicht zu nutzen, wäre fahrlässig. – **dpa/Seite 4**

Die Inflationsrate

Verbraucherpreisindex, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



Quelle: Stat. Bundesamt *vorläufig **dpa • 109967**